

Bericht der Finanzkoordinationskommission zum Politikplan 2006 - 2009

Die Kommission hat sich einerseits im Allgemeinen mit dem Politikplan und im Speziellen mit der Genehmigung des Produktsummenbudgets 2006 und der Festlegung des Steuerfusses für die Steuerperiode 2005 auseinander gesetzt.

I. Allgemeine Analyse

Die Kommission ist besorgt über die geplante Entwicklung der Gemeindefinanzen. Hier muss die Entwicklung der effektiven Jahresabschlüsse sehr genau beobachtet werden.

Die ausgewiesenen Planergebnisse verbessern sich bis 2009 wieder bis auf CHF 321'000. Diese in der Zeile "Ergebnis der Produktsummenbudget/Jahresrechnung" ausgewiesenen Zahlen wurden jedoch bereits durch die Korrektur gemäss § 52 der Finanzhaushalts-Ordnung FHO verbessert. Das heisst, dass im Berichtsjahr zwecks Abfederung des Rechnungsergebnisses gemäss § 52 FHO das Ergebnis geglättet wird, dies im Sinne eines Übergangs vom alten System zum heute neuen PRIMA-System. Nach Ablauf der Übergangsfrist sind solche bilanzkosmetischen Korrekturen nicht mehr möglich. Deshalb ist die Zeile "Ergebnis der Finanzrechnung" wichtig, weil hier die nicht liquiditätswirksamen Kosten und Erlöse nicht mehr enthalten sind und die Auswirkungen auf die Geldmittel (Zahlungsbereitschaft) offen gelegt werden.

Die Kommission stimmt mit dem Gemeinderat überein, dass die Finanzen nicht kurzfristig saniert werden können, mittel- und langfristig müssen aber Massnahmen eingeleitet werden, welche wieder zu ausgeglichenen Ergebnissen führen.

Die Kommission hat sich bewusst nicht mit den einzelnen Produktbereichen auseinander gesetzt. Dies ist Aufgabe der Sachkommissionen, auch was den allgemeinen Überblick dieser Bereiche anbelangt. Jedoch muss festgestellt werden, dass nicht nur die Sozialhilfekostenerhöhung zu diesem schlechten Resultat geführt hat, sondern dass auch andere Produktgruppen und Politikbereiche dieses Ergebnis mitverantworten haben. Andererseits konnten in anderen Bereichen durch nicht Ausschöpfen der gesprochenen Gelder durchaus auch Einsparungen realisiert werden. Offen bleibt, ob diese Einsparungen zulasten der Umlagerungskosten erzielt wurden.

Hier zeigt sich weiteres Gefahrenpotential: Werden geplante und bereitgestellte interne Dienstleistungen nicht in Anspruch genommen, so wird dadurch zwar das betreffende Produkt entlastet, via Umlagen werden aber gleichmässig verteilt alle Produktgruppen wieder damit belastet. Die Entwicklung der Umlagekosten ist also auch ein Indiz für richtige oder falsche Sparmassnahmen und ihr muss auf allen Ebenen mehr Beachtung geschenkt werden.



Seite 2 Grundsätzlich kommt die Kommission zu folgenden drei Empfehlungen:

1. Auf Steuererhöhungen sollte verzichtet werden, um den Standortvorteil nicht zu verschlechtern.
2. Die Ressourcen der Gemeinde sollten langfristig so ausgestaltet werden, dass die üblicherweise zu erwartende Grundlast abgedeckt wird. Alle zusätzlichen Arbeiten/Aufgaben können situativ an Dritte in Auftrag gegeben werden. Um die Grundlast bzw. das Grundangebot definieren zu können, muss vorgängig das "Kerngeschäft" für die Ressourcen (Infrastruktur, Personal) der Gemeinde definiert werden.
3. Angesichts gestiegener Sozialhilfekosten, die sich voraussichtlich in absehbarer Zeit nicht wesentlich reduzieren werden, müssen alle Politikbereiche mithelfen zu sparen und ihre Ausgabenplanung für bestehende und neue Aufgaben darauf ausrichten.

II. Politikplan, Genehmigung Produktsummenbudget, Festlegung des Steuerfusses

Angesichts der Erkenntnisse obiger Analyse folgt die Kommission den Anträgen des Gemeinderats und fasst folgenden Beschluss:

Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, den Politikplan zur Kenntnis zu nehmen und den zwei Beschlüssen auf Seite 52 des Politikplans (Genehmigung Produktsummenbudget 2006 und Festlegung des Steuerfusses für die Steuerperiode 2005) zuzustimmen.

Riehen, den 12. Dezember 2005

Der Präsident der Finanzkoordinationskommission:

Thomas Strahm